

Sitzung des NÖ Landtages

Aktuelle Stunden zu Beginn

Der Landtag von Niederösterreich trat heute um 13 Uhr unter dem Vorsitz von Präsident Mag. Karl Wilfing zu einer Sitzung zusammen.

Zu Beginn der Sitzung wurde eine **Aktuelle Stunde** zum Thema „**Pendlerinnen und Pendler nicht auf der Strecke lassen! Pendlerpauschale verlängern, Teuerung stoppen!**“ abgehalten.

Abgeordneter René Pfister (SP) sagte, es handle sich um ein brennendes Thema, da mit Ende Juni die befristete Erhöhung von Pendlerpauschale und Pendlereuro auslaufe. In Niederösterreich würden somit die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer um mehrere Tausend Euro „umfallen“. Das dürfe in Zeiten der Teuerung und Inflation nicht sein, denn die Arbeitnehmer pendelten in Niederösterreich „nicht zum Spaß“. Es gebe mehrere Vorschläge zur Reform der Pendlerpauschale, er forderte unter anderem die Umrechnung der Freibeträge in Absetzbeträge. Es müsse einen zusätzlichen Ökobonus geben, wenn man öffentlich zur Arbeit anreise. Darüber hinaus müsse der Öffentliche Verkehr leistbarer und zumutbarer gemacht werden. Die Bundesregierung solle schnellstmöglich eine Lösung präsentieren, denn Niederösterreich sei ein Pendlerland.

Abgeordneter Jürgen Handler (FP) meinte, die Klimakleber nähmen ganze Städte „in Geißelhaft“ und würden fleißige Pendler aufhalten. Viele Pendler würden dadurch ihrer Freizeit beraubt und es wäre längst an der Zeit, gegen diese „Fanatiker“ vorzugehen. Drei Viertel der erwerbstätigen Niederösterreicher seien Auspendler und spürten daher die Teuerung ganz besonders. Darüber hinaus hätten viele Pendler nicht die Möglichkeit, mit Öffentlichen Verkehrsmitteln zur Arbeit zu kommen. Solange die Treibstoffpreise so hoch seien, müsse man auch die Unterstützungsleistungen fortführen. Denn man dürfe mit der Fahrt zur Arbeit nicht bestraft werden. Auch beim Kilometer-Geld müsse die Bundesregierung „in die Gänge kommen“.

Abgeordnete Mag. Indra Collini (Neos) sagte, die Teuerung sei für viele Menschen eine große Herausforderung und die Politik sei dringend gefordert. Es sei sozial höchst ungerecht, die Teuerung mit der Verlängerung des erhöhten Pendlerpauschale und Pendlereuros auszugleichen. Denn Besserverdienende bekämen mehr ausbezahlt, als Personen, die weniger verdienen. Man müsse daher treffsicher jenen helfen, die es wirklich brauchen, anstatt mit der „Gießkanne“ Geld zu verteilen. Weiters brauche es günstigere Energiepreise und die Menschen und Betriebe sollten steuerlich entlastet werden.

Abgeordneter Mag. Georg Ecker, MA (Grüne) erklärte, dass der größte Nachteil der Pendlerpauschale sei, dass es sich um eine Förderung der Besserverdienenden handle. Haushalte mit geringerem Einkommen erhielten weniger. Er frage sich, ob das sozial treffsicher, inflationssenkend oder eine Maßnahme sei, die jene unterstütze, die wirklich in Not seien. Ein weiteres Thema seien die hohen Energiepreise. Die EVN schaffe es nicht, vernünftige Energiepreise anzubieten, auch hier sei das Land als Mehrheitseigentümer gefordert. Es brauche vernünftige Alternativen zum Individualverkehr, der Öffentliche Verkehr mit Bussen gehöre weiter ausgebaut.

Abgeordneter Franz Schnabl (SP) strich in seinem Statement hervor, dass dringend notwendige Maßnahmen zur Bekämpfung von Inflation und Entlastung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gesetzt werden müssen. Es mangle an ausreichend Hilfen wie beispielsweise den von der SP geforderten Gas- oder Mietpreisdeckel oder auch die Lebensmittelpreisregulierung. In Bezug auf die Verlängerung der Pendlerpauschale bzw. des Pendlereuro erklärte Schnabl, man habe in Niederösterreich viele Pendelnde, vor allem wegen eines mangelnden Angebots an Öffentlichen Verkehrsmitteln und vielen Berufsfeldern, in denen die Arbeitszeiten die Menschen dazu zwingen, aufs Auto zurückzugreifen. Der Expertenvorschlag der SP sei ein kilometerabhängiger Pendlerabsetzbetrag sowie ein Ökobonus für Öffi-Nutzer. Abschließend forderte Schnabl die regierenden Landesparteien auf, gemeinsam mit der SP, der Arbeiterkammer und auch der Gewerkschaft Druck auf die Bundesregierung auszuüben, um notwendige Maßnahmen für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auf den Weg zu bringen.

Klubobfrau Dr. Helga Krismer-Huber (Grüne) meldete sich zum Debattenbeitrag ihres Vorredners spontan zu Wort und reflektierte auf eine Aussage Schnabls, die SP sei im Gegensatz zu den Grünen immer hinter den Arbeitnehmenden gestanden, die Grünen würden am liebsten jedem Menschen das Auto verbieten. Sie erklärte unter anderem, dass es viel dringendere Maßnahmen brauche wie beispielsweise gerechte Entlohnung nach Leistung, denn seit Jahren werde die Produktivitätssteigerung nicht in den Gehältern abgebildet – hier habe die SP versagt, genauso wie bei der Angleichung der Verdienste von Mann und Frau.

Abgeordneter Dieter Dorner (FP) erklärte zum Thema der Aktuellen Stunde, dass er dem inhaltlichen Verlangen nach einer Verlängerung der Pendlerpauschale und des Pendlereuros zustimme, da dies helfe, das Leben der Pendlerinnen und Pendler günstiger zu machen. Allerdings sei dies in der Entscheidung Bundes- und nicht Landessache.

Abgeordneter Christoph Kainz (VP) unterstrich ebenfalls, man dürfe Pendlerinnen und Pendler nicht auf der Strecke lassen und erinnerte, dass Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner bereits am 15. Mai eine Verlängerung von Pendlerpauschale und –euro gefordert habe. Kainz erklärte, drei Viertel (rund 600.000 Menschen) müssten täglich ihre Heimatgemeinde für ihren Job verlassen, knapp 200.000 davon pendeln von Niederösterreich nach Wien. Die Pendlerpauschale habe sich bewährt und sei ein gutes Beispiel dafür, dass die VP sich immer schon dafür einsetze, auch auf die Bundespolitik einzuwirken, um Arbeitnehmende zu entlasten.

Es folgte eine weitere **Aktuelle Stunde** zum Thema „**Sicherheit im Umgang mit dem Wolf in Niederösterreich**“.

Abgeordneter Richard Hogl (VP) eröffnete die Debatte und sagte, man müsse erkennen, wann Schützenswertes zur Gefahr werde. Man verzeichne einen Wolfszuwachs von 30 Prozent (54 Wölfe in Österreich, im Jahr 2022 782 Risse, fast 900 verletzte Schafe) – der Wolf werde jetzt wieder vermehrt heimisch. Auch in Niederösterreich zähle man zurzeit vier Wolfsrudel, 30 Wölfe und zusätzlich immer wieder durchziehende Tiere. Deshalb werde der Bedarf zum Entnehmen und Vergrämen größer, denn wenn Wölfe in die Landwirtschaft eindringen und diese

schädigten oder der Wolf eine Bedrohung für das Sicherheitsgefühl der Menschen darstelle, müsse man handeln. Hogn sprach deshalb von der zweiten Wolfsverordnung als großem Meilenstein der Sicherheit. Sie wurde einstimmig beschlossen und sehe drei Schritte vor: Vertreibung, Vergrämung und Entnahme. Alle Aktionen müssen behördlich gemeldet und verzeichnet werden. Hogn unterstrich, dass die Entnahme immer die ultima ratio sein müsse. Er bedankte sich abschließend bei der Jägerschaft, die Jagd nicht nur als Freizeitbeschäftigung, sondern auch als Auftrag und Verantwortung sehe.

Abgeordneter Ing. Mag. Reinhard Teufel (FP) führte aus, dass die FP sich schon seit jeher für Natur- und Tierschutz wie auch für die Erhaltung der Artenvielfalt einsetze. Eine Güterabwägung zwischen Ökologie und Ökonomie dürfe aber nicht vernachlässigt werden. Bei der rasant steigenden Zahl der Wölfe sei es seitens der Politik unabdingbar, rasch zu handeln, um nicht nur gegen Problemwölfe vorzugehen, denn, so Teufel, der Wolf sei von Natur aus ein Raubtier, der nicht nur bei Hunger, sondern auch aufgrund bestimmter Reize instinktiv in den Jagd- und damit Tötungsmodus übergehe. In Gebieten, in denen der Wolf nicht bejagt werde und eine hohe Beutedichte habe, erklärte der Abgeordnete, bauten sich Rudel schneller auf, was zu einer höheren Reproduktionsrate führe. Deshalb, so Teufel abschließend, sei eine Erhöhung der Jagd auf die Wolfspopulation unausweichlich.

Abgeordneter Mag. Helmut Hofer-Gruber (Neos) erklärte, für ihn persönlich sei EU-Recht wichtig und laut Flora-Fauna-Habitat Richtlinie sei der Wolf eine besonders schützenswerte Tierart, wovon nur in begründeten Einzelfällen abgewichen werden dürfe. Er meinte, in den letzten 30 Jahren habe sich viel verändert, der Motor dafür sei fast in allen Fällen der Mensch gewesen, beispielsweise durch Eingriffe in den Naturraum, Verbauung oder auch beim Klimawandel. Er selbst plädiere deshalb dafür, sich mit Fakten auseinandersetzen, dann werde man erkennen, so Hofer-Gruber, dass die Datenlage sehr dünn sein, weil es keinen wirklich fundierten Überblick über Wolfsrisse oder auch Entschädigungszahlungen gebe. Nicht jeden Wolf müsse man gleich zum Abschuss freigeben, so der Abgeordnete, denn der Wolf an sich sei weder böse noch gut, er sei ein Wildtier, das lange nicht heimisch war, es jetzt aber wieder ist. Dies bezeichnete Hofer-Gruber als „normales Phänomen“.

Abgeordneter Alexander Schnabel (FP) sagte, das Thema Wolf wecke starke Emotionen in der Bevölkerung, und deshalb sei es wichtig, sich damit sachlich auseinander zu setzen. Die rote Linie werde überschritten, wenn die Bevölkerung mit ihren Sorgen und Ängsten alleine gelassen werde. Die Sorge sei begründet. Er stellte die Frage, wer es verantworte, wenn Wölfe in die Siedlungen kommen würden. Es gebe nur eine Lösung, betonte er: Kein Wolf in Niederösterreich – keine Gefahr für das Weidevieh der Bauern und keine Bedrohung für Kinder und Familien. Der Wolf gehöre bejagt, forderte er.

Klubobfrau Dr. Helga Krismer-Huber (Grüne) sprach von einer „Stellvertreterdebatte“, es würden hier Ängste geschürt und an den Problemen vorbei debattiert, meinte sie. Die Bedrohungen seien ganz woanders, verwies sie etwa auf die Angriffe auf die Ukraine oder auf die Teuerung. Zum Thema Wolf sagte sie, es gebe seit dem Jahr 2012 ein Wolfsmanagement, es handle sich hier „nicht um ein neues Terrain“. Es habe sechs Jahre gedauert, bis eine Verordnung zustande gekommen sei. Diese werde nun geringfügig abgeändert. Dort stehe auch ganz klar, wann ein Wolf ein wirklicher Problemwolf sei und wann er zu schießen sei.

Abgeordneter Rene Zonschits (SP) meinte, diese Debatte polarisiere, es gehöre mehr Sachlichkeit in die Diskussion, es dürfe nicht mit den Ängsten der Menschen Politik gemacht werden, und plädierte für eine Lösung auf sachlicher Ebene. Der Wolf sei ein Bestandteil unserer Umwelt. Die Zunahme des Wolfes sei in Niederösterreich spürbar, und eine Entwicklung die in ganz Europa spürbar sei. Der Wolf sei in der Regel sehr scheu, erkunde aber immer mehr auch neue Lebensräume. Darum müsse man die berechtigten Sorgen der Menschen und vor allem der Landwirte in Betracht ziehen. Übergriffe auf Nutztiere könnten für die Bauern existenzbedrohend sein. Es sei wichtig, die Landwirte bei Präventionsmaßnahmen in voller Höhe zu unterstützen.

Abgeordneter Mag. Hubert Keyl (FP) sagte, er wolle sich dem Thema aus der Sicht der Jägerschaft nähern. Es gehe hier um ein wichtiges Anliegen im Sinne der Landwirtschaft und der Jägerschaft. Diese würden unter dem Anstieg der Population des Wolfes leiden. Der direkte Kontakt der Jäger und der Jagdhunde mit dem Wolf nehme zu. Die Gefährdung nehme aus seiner Sicht in einem überdimensionalen Ausmaß zu. Man werde in Zukunft die Diskussion zu führen haben, ob der Wolf zum

jagdbaren Wild erklärt werde, man werde auch darüber nachdenken müssen, mehr Wölfe zu entnehmen. Diese Diskussion werde unter dem Aspekt der Sicherheit der Bevölkerung zu führen sein.

Abgeordneter Josef Edlinger (VP) hielt fest, man nehme die Ängste und Sorgen der Menschen ernst. Das Thema Wolf lade zur Kontroverse ein, auch die Reden im Landtag hätten gezeigt, dass es die verschiedensten Herangehensweisen gebe. Der ländliche Raum sei eine Kulturlandschaft, die vielfältige Nutzer hätte. So stellten die Wölfe für die Weidehaltung zunehmend ein Risiko dar. Die „Freude über den Wolf“ steige mit der Entfernung zu den Gebieten, in denen der Wolf tatsächlich vorkomme. Es gebe tatsächlich Problemwölfe, und für diese sei eine entsprechende Entnahmemöglichkeit in der Verordnung vorgesehen.

Abgeordnete Silke Dammerer (VP) berichtete zu einem Antrag betreffend **NÖ Tourismusgesetz 2023 (NÖ TourG 2023)**.

Abgeordneter Philipp Gerstenmayer (FP) betonte, die Freiheitlichen würden ihre Wahlversprechen halten. Die Änderungen im Tourismusgesetz würden den Tourismus als wichtigen Wirtschaftszweig fördern. Eine zentrale Neuerung sei die Gliederung der Gemeinden in Kurortgemeinden und Nicht-Kurortgemeinden, die eine gezielte Förderung ermögliche. Der wichtigste Punkt sei die Streichung des Interessentenbeitrages, die Freiheitlichen hätte diese bereits lange gefordert. Dadurch würden die Betriebe im Tourismus entlastet. Die Änderung im Tourismusgesetz sei ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung.

Abgeordneter Mag. Helmut Hofer-Gruber (Neos) sagte, mit der Abschaffung des Interessentenbeitrages werde eine langjährige Forderung der Neos erfüllt. Die Neos hätten diesbezüglich schon mehrere Anträge eingebracht. Die jährlich unterschiedliche Aufteilung der Abgabe zwischen Land und Gemeinden bedeute eine Verkomplizierung. Der richtige Weg wäre ein sofortiger Schlüssel von 100 zu Null.

Abgeordneter Wolfgang Kocevar (SP) betonte, die derzeitige Ortsklassenregelung entspreche nicht der Entwicklung der NÖ Tourismuswirtschaft. Die SP habe bereits 2021 einen entsprechenden **Antrag** eingebracht.

Zweiter Präsident Gottfried Waldhäusl (FP) führte aus, die Abgeordneten dürften die Besucher auf der Galerie nicht begrüßen, auch nicht den ORF.

Abgeordneter Michael Sommer (FP) sprach von einer jahrelangen Forderung der FP, der jetzt endlich Rechnung getragen werde. Gerade in Zeiten massiver Teuerung bedeute die Abschaffung des Interessentenbeitrages eine finanzielle und bürokratische Entlastung im Sinne des Wirtschafts-Standortes.

Abgeordneter Mag. Kurt Hackl (VP) erinnerte an die zurückliegenden harten Zeiten für die Wirtschaft. Der Interessentenbeitrag sei schon in den letzten drei Jahren nicht eingehoben worden. Die Erkenntnisse der Evaluierung der Organisations- und Finanzierungsstruktur seien jetzt in den Antrag eingeflossen. Das sei ein wichtiger Beitrag zur Entlastung der heimischen Wirtschaft.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Abgeordnete Edith Mühlberghuber (FP) berichtete zu einem Antrag betreffend **COVID-Hilfsfonds für Corona-Folgen**.

Klubobmann Ing. Mag. Reinhard Teufel (FP) eröffnete die Debatte: Corona habe viel Leid angerichtet, u. a. auch gesellschaftliche Spaltungen. Der Fonds sei ein ernsthafter Versuch, die entstandenen Gräben zu schließen. Die Covid-Maßnahmenopfer erhielten spät, aber doch Unterstützung. Das könne doch nicht unanständig sein, die Haltung von SP, Neos und Grünen sei „kindisch“. Der Corona-Fonds sei „das Herzstück der Versöhnung“.

Abgeordnete Mag. Edith Kollermann (Neos) sagte, sie nehme die Sache sehr ernst. Gesellschaft und politische Führung seien zu Beginn der Krise stark überfordert gewesen, die zunehmende Politisierung der Debatte durch die FP habe massiv zur Spaltung der Gesellschaft beigetragen. Dem Landtag werde ein Blankoscheck zur Unterschrift vorgelegt, die Finanzierung sei nach wie vor unklar. Kriterien und Richtlinien müssten erst erarbeitet werden, zudem gebe es unklare und schwammige Formulierungen.

Klubobfrau Dr. Helga Krismer–Huber (Grüne) meinte, der Corona-Fonds sei „die Morgengabe“ der VP an die FP zum Start der Koalition. Niemandem, schon gar nicht der FP, dürften 31,3 Millionen Euro vom Landtag blanko gegeben werden, wie die FP wirtschaftete, sei bekannt.

Klubobmann Hannes Weninger (SP) sagte, der Corona-Fonds sei „die sündteure Mitgift“ der VP, die zahle aber nicht der Brautvater, sondern der Steuerzahler. Die 31,3 Millionen Euro wären im Gesundheitsbereich besser aufgehoben. Die SP habe dort zugestimmt, wo es um den Schutz der Menschen gegangen sei. Die FP solle sich an die Situation in Norditalien zu Beginn der Pandemie und an das Hoffen und Sehnen auf die ersten Tests und Impfungen erinnern. Niemand sei gerne und bereitwillig daheim geblieben und habe auf Familie, Gesellschaft, Sport und Kultur verzichtet, das sei den Menschen abgerungen worden.

Abgeordneter Mag. Helmut Hofer-Gruber (Neos) führte aus, die Frage, von wo das Geld für diesen Fonds komme, sei von den Neos gekommen. Diese Frage sei nicht beantwortet worden. Im Regierungsübereinkommen seien die 30 Millionen Euro drin gestanden. Diese „Morgengabe“ sei nun von fragwürdigen 30 Millionen Euro auf 31,3 Millionen Euro aufgestockt worden, weil es Geld vom Bund gebe.

Abgeordneter Richard Punz, BA (FP), sagte, die Menschen würden sich Politiker wünschen, die Verantwortung übernähmen, die versuchten, für die Landsleute zu arbeiten und die nach Lösungen suchten. Heute schlage „die Stunde der Gerechtigkeit“ und es werde „für ein Stück Veränderung in Niederösterreich“ gesorgt. Die Auswirkungen aufgrund von Corona seien vielfältig wie beispielsweise Essstörungen, Angst- und Panikattacken, Schlafstörungen und Depressionen. Bei psychischen Problemen müsse geholfen werden.

Abgeordnete Mag. Edith Kollermann (Neos) meinte, man könne diesem intransparenten Entwurf nicht zustimmen. Die Schulen müssten unterstützt werden, damit sie ihren Aufgaben gerecht werden können.

Zweiter Präsident Gottfried Waldhäusl (FP) meldete sich zu Wort und betonte: Das Wort „abartig“ solle in diesem Haus in Zusammenhang mit einem Abgeordneten unterlassen werden.

Abgeordneter DI Franz Dinobl (VP) führte aus: Dieser Corona Hilfsfonds werde in diesem Haus sehr kontroversiell diskutiert. Nur die Frage der Rückzahlung von Strafen, die der Verfassungsgerichtshof aufgehoben habe, werde nicht mehr so groß diskutiert. Es sei verfassungsrechtlich eindeutig und klar, dass diese Strafen zurückgezahlt werden können. Kinder und Jugendliche, die psychische Schäden durch das Homeschooling erlitten hätten, würden unterstützt. Kinder, die aufgrund von Homeschooling dem Unterricht nicht folgen haben können, würden nun mit Nachhilfestunden gefördert.

Abgeordneter Mag. Helmut Hofer-Gruber (Neos) wies darauf hin, es sei bis jetzt nicht beantwortet worden, woher diese 30 Millionen Euro herkommen.

Der Antrag wurde mit den Stimmen von VP und FP angenommen.

Abgeordneter Mag. Georg Ecker, MA (Grüne) berichtete zu einem Antrag betreffend **günstige Energie endlich auch in Niederösterreich wieder sicherstellen – Energieversorgung nach Vorbild der Steiermark in Landeshand bringen.**

Abgeordnete Mag. Indra Collini (Neos) sagte, aus der Geschichte würde man wissen, dass kommunistische Verstaatlichungsideen die Situation der Menschen nicht verbesserten. Ein lebendiger Wettbewerb habe positive Auswirkungen auf die Preise, was für die Konsumenten attraktiv und von Vorteil sei. Die EVN sei bereits jetzt mehrheitlich im öffentlichen Besitz. 51 Prozent würde das Land Niederösterreich halten, 28,4 Prozent die Wiener Stadtwerke. Die Strompreise an den Börsen würden schon lange sinken und die Konsumenten würden davon nicht profitieren.

Abgeordnete Dr. Helga Krismer-Huber (Grüne) meinte, 1988 sei das Gesetz gekommen, dass man auch in Österreich die Energieversorger privatisieren könne. Die EVN sei in zwei Gängen an die Börse geführt worden. Es müsse Sicherheit und Klarheit ausgestrahlt werden.

Abgeordnete Mag. Kerstin Suchan-Mayr (SP) betonte, es brauche konkrete Maßnahmen gegen die Teuerung. Aktuell könnten sich viele Menschen das Leben, die Lebensmittelkosten, die Mietkosten, das Heizen und die Stromrechnung nicht mehr leisten. Es brauche eine Systemänderung, die SP habe einen Energiepreisdeckel gefordert. In anderen Ländern wie beispielsweise in der Steiermark sei eine Preis-Senkung von 20 Prozent umgesetzt worden. Die Energie Steiermark sei zu 100 Prozent in Landeshand.

Abgeordneter Martin Antauer (FP) meinte, mit Besorgnis habe er den Antrag der Grünen gelesen, die Energieversorgung nach Vorbild der Steiermark in Landeshand zu bringen. Es sei an der Zeit, dass die Eigentümervertreter Gespräche mit den EVN-Vorständen führen. Denn dieser Parteiantrag sei mit Sicherheit nicht die Lösung des Problems. Die „grüne Scheinheiligkeit“ sei für ihn kaum auszuhalten. Würde man den „grünen Träumereien“ nachgeben, würde der Aktienkurs der EVN durch die Decke gehen und den Kaufpreis verteuern. Klar sei, dass sich die FPÖ immer gegen die Preistreiberei der EVN einsetzen werde.

Abgeordneter Mag. Helmut Hofer-Gruber (Neos) sagte, Privatisierung habe sehr positive Seiten. Das habe man bei der Telekommunikation ebenso gesehen wie beispielsweise bei der VOEST. Märkte mit großen Konzentrationen bräuchten Aufsicht und Korrektive. Man könne sich an der Neos-Petition „Stopp dem Strompreiswahnsinn“ beteiligen, da jeder im Saal für niedrigere Strompreise sei.

Abgeordneter Anton Kasser (VP) unterstrich, dass der Strompreis ein Thema sei, das die Menschen beschäftige. In Niederösterreich habe man den blau-gelben Strompreisrabatt beschlossen und es gebe Unterstützungen von Bundesseite. Würde man die Anteile der EVN nach dem Modell des Landes Steiermark erwerben, wäre das „eine sehr kostenintensive Angelegenheit“. Laut ihm solle die EVN schnell bessere Preise anbieten. Bezüglich der Dividenden-Auszahlung meinte er, dass diese anteilig in die Finanzierung des NÖ Strompreisrabatts hineinfließe. Die EVN sei ein Reizthema, auch er finde die Vertragskündigungen nicht gut. Die EVN sei aber Garant für Sicherheit und den Netzausbau. Die hohen Strompreise seien unbefriedigend und der Plan der Grünen sei nicht sofort umsetzbar.

Der auf Ablehnung lautende Antrag des Wirtschafts- und Finanz-Ausschusses wurde mit den Stimmen von ÖVP, FPÖ, Neos angenommen.

Abgeordneter Rene Zonschits (SP) berichtete zu einem Antrag betreffend **Aufhebung des NÖ Rundfunkabgabegesetzes**.

Abgeordnete Mag. Indra Collini (Neos) sagte, man sei gleicher Meinung wie die SPÖ. Die ORF-Landesabgabe gehöre sofort abgeschafft. Sie verstehe die FPÖ nicht, die die Abgabe erst mit 1.1. abschaffen möchte. Man solle auch die Einflussnahme der Länder auf die Landesstudios endlich beenden.

Klubobfrau Dr. Helga Krismer–Huber (Grüne) unterstrich, dass man sich mit der Grünen Bundespartei nicht einig sei, wenn es um die Abschaffung der Rundfunkabgabe gehe. Es gehe um 40 Millionen Euro, die in Niederösterreich für die Sportförderung und Kulturförderung zur Verfügung gestellt wurden und künftig entfallen. Ein großer Brocken, der künftig „irgendwo herbeigeschafft“ werden müsse. Geld, das vor allem für kleinere Sport- und Kulturinstitutionen fehlen werde.

Abgeordneter René Pfister (SP) meinte, die Abschaffung der Länderabgabe sei eine Entlastung für die Landsleute. Andere Bundesländer hätten es ohne Länderabgabe auch geschafft, Weltklassesportler herauszubringen oder ein adäquates Kulturangebot zu schaffen. Er fordere die Streichung der Abgabe mit 1. Juli 2023, dann wäre den Landsleuten sofort geholfen.

Abgeordneter Richard Punz, BA (FP) sagte, der Start in diese Periode des Landtages habe gezeigt, dass etwas weitergehe. Mit der Abschaffung der Länderabgabe zeige man, dass man es ernst meine. Ein Beispiel könne sich auch die Bundesregierung nehmen, die mit der Haushaltsabgabe eine neue „Zwangssteuer“ einführe.

Abgeordneter Hermann Hauer (VP) sagte, dass Niederösterreich voranschreite und für Entlastung der Landsleute Sorge. Im Gegensatz dazu werde die GIS-Abgabe in den SPÖ-geführten Ländern „munter weiter einkassiert“. Dort, wo SPÖ keine Verantwortung

trage, könne es der SPÖ mit der Abschaffung hingegen nicht schnell genug gehen. Man werde im Kultur- und Sportbereich dennoch keine Abstriche machen.

Der auf Ablehnung lautende Antrag des Wirtschafts- und Finanz-Ausschusses wurde mit Stimmen von ÖVP, FPÖ und GRÜNE angenommen.

Die folgenden Tagesordnungspunkte wurden bei getrennter Berichterstattung und Abstimmung gemeinsam behandelt:

- **Änderung der NÖ Gemeinderatswahlordnung 1994 (NÖ GRWO 1994)**,
(Berichterstatter: Abgeordneter Ing. Manfred Schulz, VP).
- **Landesgesetz, mit dem das NÖ Landes- und Gemeindebezügegesetz 1997, die NÖ Gemeindeordnung 1973 (NÖ GO 1973) und das NÖ Stadtrechtsorganisationsgesetzes (NÖ STROG) geändert werden**,
(Berichterstatter: Abgeordneter Ing. Manfred Schulz, VP).
- **Schaffung eines attraktiven Gehaltsschemas für NÖ Gemeindebedienstete**,
(Berichterstatter: Abgeordnete Mag. Silvia Moser, MSc, Grüne).

Abgeordnete Mag. Silvia Moser, MSc (Grüne) sagte, die Abschaffung der nichtamtlichen Stimmzettel sei eine lange Forderung der Grünen, die bis dato immer von SP und VP abgelehnt worden sei. Diese nichtamtlichen Stimmzettel seien „ein Desaster und eine unendliche Zettelflut“ gewesen, die „bei jeder Gemeinderatswahl Unregelmäßigkeiten und Manipulation Tür und Tor geöffnet“ hätten. Moser sprach aber von einem unvollständigen Paket, denn das Prinzip Name vor Partei solle abgeschafft werden, weil die Wahl einer Partei mehr Gewicht haben müsse. Abschließend brachte sie einen **Abänderungsantrag** zu diesem Tagesordnungspunkt ein.

Abgeordneter Mag. Helmut Hofer-Gruber (Neos) sah die Abschaffung des nichtamtlichen Stimmzettels positiv. Allerdings bezeichnete er den Rest des Pakets als „übereilt“ und „nicht qualitativ“ und sprach sich ebenfalls für das Prinzip Stimme vor Partei aus. Auch Hofer-Gruber brachte einen **Abänderungsantrag** zu diesem Tagesordnungspunkt ein. Zum Thema Anhebung des Bürgermeistergehalts unterstrich er, dass ein ehrliches Abgelten der Arbeit wichtig sei. Allerdings nannte der Abgeordnete Posten wie geschäftsführende Gemeinderäte oder Stadträte

„Versorgungsposten“. An diesen Stellen einzusparen, wäre ein gutes Signal an die Bürgerinnen und Bürger, dass auch die Politik den Sparstift ansetzte.

Abgeordneter Dominic Hörlezeder (GRÜNE) schickte voraus, dass eine Anhebung der Bürgermeistergehälter gerechtfertigt, der Zeitpunkt aber ein falscher sei – denn gerade jetzt könnten sich die Menschen im Land oft nicht einmal ihre Miete leisten. Überdies sehe er nur in kleinen Gemeinden eine Berechtigung für eine Anhebung dieser Gehälter. Zudem sagte Hörlezeder, man habe im Paket beispielsweise auf die Gemeinderätinnen und –räte vergessen. Außerdem fehle in der Festlegung der Gehälter die Verhältnismäßigkeit.

Abgeordneter René Pfister (SP) sprach zu Tagesordnungspunkt 10. Die SP werde nicht zustimmen, da die Änderungen zu wenig weit gingen. Er forderte ein modernes Dienstrecht für Gemeindebedienstete, um konkurrenzfähig am Arbeitsmarkt zu sein. Zudem dürfe kein Einstiegsgehalt für Vollzeitkräfte einer Gemeinde unter 2.000 Euro liegen und außerdem solle man nicht „Schnellschüsse“ in der Landesregierung machen, sondern besser die nächste Verhandlungsrunde auf sozialpartnerschaftlicher Ebene abwarten und nach Kräften unterstützen.

Abgeordneter Jürgen Handler (FP) sprach zum selben Punkt und erklärte, die Gemeinden stünden vor großen finanziellen und personellen Herausforderungen und die Arbeitskräfte-Akquise werde immer schwieriger, denn man sei gegenüber der Privatwirtschaft bei den finanziellen Gehaltsmöglichkeiten im Nachteil. Er forderte eine Überarbeitung der Dienstzweige im Gemeindevertragsbediensteten-Gesetz – unter anderem müssten die Einstiegsgehälter angehoben und das Vordienstzeiten-Schema überarbeitet werden. Handler unterstrich abschließend, eine reine Umstellung auf das NOG-System des Landes habe in den Gemeinden keinen Sinn.

Abgeordneter Ing. Bernhard Ebner, MSc (VP) unterstrich in seinen Ausführungen zum Thema Abschaffung des nichtamtlichen Stimmzettels, dieser solle ein Personenstimmzettel werden, auf dem die Wahlwerbenden aller Parteien aufgelistet und bis zu fünf Vorzugsstimmen möglich seien. Gemeindearbeit sei Persönlichkeitsarbeit, nirgendwo mache man Politik so nah an den Bürgerinnen und Bürgern wie in den Gemeinden und deshalb werde die VP am Prinzip Name vor Partei

festhalten. Als weitere Anpassungen in der Gemeinderatswahlordnung nannte Ebner unter anderem Adaptierungen in den Fristenläufen oder auch mindestens ein barrierefreies Wahllokal pro Gemeinde für Menschen mit Beeinträchtigung.

Abgeordneter Mag. Helmut Hofer-Gruber (Neos) sah zum Thema Gemeindebediensteten-Gehälter eine Modernisierung der Gehaltsschemata notwendig, sprach sich aber gegen die NOG-Orientierung aus. Man brauche ein Entlohnungssystem, das auf Leistung abziele.

Abgeordneter Dominic Hörlezeder (GRÜNE) unterstrich die Wichtigkeit der Gehaltsanpassungen für Gemeindebedienstete, ansonsten werde die Attraktivität der Gemeinden als Dienstgeber abnehmen, Know-How gehe verloren und junge Leute für den Öffentlichen Dienst zu motivieren werde nahezu unmöglich. Er attestierte der NOG-Anpassung Unkompliziertheit und meinte, das Land habe die Problematik bereits vor 16 Jahren erkannt und ein neues Dienstrecht mit neuem Gehaltsschema und damit höheren Einstiegsgehältern eingeführt. Davon sollen auch Gemeindebedienstete profitieren, denn dies steigern die Qualität der Dienstleistung in den Gemeinden und damit das Wohlbefinden der Bürgerinnen und Bürger. Bestehendes Personal solle sich aber frei entscheiden können, ob es in ein neues Dienstrecht wechseln wolle, wenn nicht, dürfe es zu keinen finanziellen Nachteilen kommen.

Abgeordneter Wolfgang Kocevar (SP) nannte die Abschaffung des nichtamtlichen Stimmzettels eine jahrelange Forderung der SP, das vorliegende Paket sei aber „völlig unausgegoren“. Es fehle eine einheitliche Entlohnung für die Wahlbeisitzerinnen und –beisitzer, außerdem die nachweisliche Zustellung der Wahlkarten. Zu diesem Punkt brachte er einen **Abänderungsantrag** ein. Die Erhöhung der Bürgermeistergehälter begrüße Kocevar grundsätzlich und nannte die Arbeit der Bürgermeisterinnen und Bürgermeister enorm wichtig, zum Zeitpunkt seien diese Gehaltsanhebungen aber das falsche Signal an die Bevölkerung, die enorm mit den Teuerungen zu kämpfen habe.

Abgeordneter Dieter Dorner (FP) sprach von einem „guten Tag für die Demokratie in Niederösterreich“. Die vorliegenden Änderungen würden zur Stärkung der Demokratie und zur Chancengleichheit auf Gemeindeebene beitragen. Er ersuchte um breite Zustimmung.

Abgeordneter Martin Schuster (VP) sagte, es sei in der Debatte eindeutig herausgekommen, dass es sich um einen guten Tag für die Demokratie und für Niederösterreich handle. Die soziale Absicherung von Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern sei ein wichtiger Schritt, dieses Amt auch in Zukunft attraktiv zu halten.

Der Abänderungsantrag des Abg. Kocevar wurde abgelehnt, ebenso der Abänderungsantrag der Abg. Moser – in beiden Fällen mit Zustimmung von SP, Grüne und Neos sowie Ablehnung durch VP und FP. Der Antrag auf getrennte Abstimmung des Abg. Kocevar wurde einstimmig angenommen, der Antrag auf getrennte Abstimmung des Abg. Hofer-Gruber wurde abgelehnt (dafür SPÖ, Grüne, Neos, dagegen VP und FP). Die Abstimmung über den Ausschussantrag Z 13 (Tagesordnungspunkt 8, Änderung der NÖ Gemeinderatswahlordnung 1994) ergab Zustimmung von VP, FP, Grüne und Neos sowie Ablehnung der SP, der Rest des Ausschussantrages wurde einstimmig angenommen.

Zum Tagesordnungspunkt 9 (Landesgesetz, mit dem das NÖ Landes- und Gemeindebezügegesetz 1997, die NÖ Gemeindeordnung 1973 und das NÖ Stadtrechtsorganisationsgesetz geändert werden) wurde der Antrag auf getrennte Abstimmung des Abg. Kocevar einstimmig angenommen. Der Ausschussantrag Änderungsanordnungen 2 und 3 des Artikels 1 fand die Zustimmung von VP und FP und die Ablehnung von SP, Grüne und Neos. Der Rest des Ausschussantrages wurde mit Stimme von VP, FP, SP und Neos gegen die Stimmen der Grünen angenommen.

Der Tagesordnungspunkt 10 (Antrag der Abgeordneten Hörlezeder u. a. betreffend Schaffung eines attraktiven Gehaltsschemas für NÖ Gemeindebedienstete) ergab folgendes Abstimmungsergebnis: Der auf Ablehnung lautende Ausschussantrag wurde mit Stimmen von VP, FP, SP und Neos gegen die Stimmen der Grünen mehrheitlich angenommen.

Abgeordneter Christoph Kaufmann, MAS (VP) berichtete zu einem Antrag betreffend **Berichte der Volksanwaltschaft aus der XIX. Gesetzgebungsperiode.**

Abgeordnete Mag. Karin Scheele (SP) sagte, es gehe um die Kenntnisnahme der Berichte der Volksanwaltschaft. Man müsse die Forderung der Volksanwaltschaft einmal mehr unterstreichen, dass man die Bundesregierung auffordert, wieder die Verhandlungen aufzunehmen, um die sozialen Grundrechte auch in Österreich in der Verfassung zu verankern. Ihre Fraktion unterstütze den Bericht. Sie wünsche sich, dass sich auch das Land Niederösterreich überlege, den Schritt auch in der Landesverfassung zu tun und die sozialen Grundrechte zu verankern.

Abgeordnete Edith Mühlberghuber (FP) meinte, die Freiheitliche Partei werde dem Sonderbericht der Volksanwaltschaft zwar zur Kenntnis nehmen, aber man sehe den Inhalt des Berichtes kritisch. Sie stellte die Frage, was etwa das „Recht auf Arbeit“ konkret bedeute. Hier gebe es noch viele Fragen. Beim Recht auf soziale Absicherung würden ihr vor allem die Menschen mit Behinderung besonders am Herzen liegen, für die sie „ordentlichen Lohn statt Taschengeld“ forderte.

Abgeordneter Mag. Helmut Hofer-Gruber (Neos) hielt fest, die Volksanwaltschaft sei neben den Rechnungshöfen eines der wesentlichen Korrekturlemente der Demokratie, an die man sich wenden könnte, wenn man mit etwas nicht zufrieden sei. In 14 Prozent der Fälle sei ein Missstand in der Verwaltung festgestellt worden, etwa Untätigkeit oder Versäumnis von Fristen. In 44 Prozent erachtete sich die Volksanwaltschaft als unzuständig, das erscheine ihm als unbefriedigend.

Abgeordnete Mag. Silvia Moser, MSc (Grüne) bedankte sich für die beiden Berichte der Volksanwaltschaft, es handle sich immer um gute Berichte, die aufzeigten, welche Themen wichtig wären, behandelt zu werden. Zu den Problemen im stationären Bereich der Kinder- und Jugendhilfe hielt sie fest, hier falle der Bericht „dramatisch“ aus. Der Bericht der Volksanwaltschaft zeige auch auf, dass die häufigsten Beschwerden von Bürgerinnen und Bürgern das langsame Agieren von Behörden und das Verschleppen von Verfahren beträfen. Maßnahmen gegen die langsamen und komplizierten Verfahren bei der Sozialhilfe stünden in Niederösterreich nach wie vor aus.

Abgeordneter Franz Schnabl (SP) kündigte Zustimmung an, der Bericht enthalte viel Positives. Besorgniserregend sei der Anstieg der Beschwerden bei Mindestsicherung, leistbarem Wohnen und demokratischer Teilhabe. Dass Österreich das einzige Land in

der EU sei, in dem die sozialen Grundrechte nicht in der Verfassung verankert seien, sei „eine Schande“. Die sozialen Grundrechte gehörten auch in die NÖ Landesverfassung.

Abgeordneter Andreas Bors (FP) präzierte, von den 1.204 Fällen, die in Niederösterreich die Verwaltung betroffen hätten, seien bei 178 Missstände festgestellt worden. Als Beispiele nannte er eine Tempo-30-Zone in einer Mostviertler Gemeinde und die Diskriminierung behinderter Menschen durch die 10-Minuten-Haltefrist am Flughafen Schwechat.

Abgeordneter Franz Mold (VP) sprach von einem wichtigen Instrumentarium zur Überprüfung der Verwaltung. Im Berichtszeitraum habe es 5.672 Beschwerden gegen die Landes- und Gemeindeverwaltung gegeben, 1.204 Landsleute hätten sich von der Landes- oder Gemeindeverwaltung nicht fair behandelt gefühlt. Dass 178 Missstände festgestellt worden seien, entspräche einem Anteil von 14 Prozent. Das sei ein gutes Ergebnis für die NÖ Landes- und Gemeindeverwaltung, die sich als umfassende Servicestellen etabliert hätten.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Abgeordneter Mag. Hubert Keyl (FP) berichtete zu einem **Ersuchen der Staatsanwaltschaft Wien um Zustimmung zur Verfolgung des Zweiten Präsidenten Gottfried Waldhäusl.**

Klubobfrau Dr. Helga Krismer-Huber (Grüne) eröffnete die Debatte: Die Grünen hätten sich die Entscheidung nicht leicht gemacht, ihre Fraktion habe sich immer für den Schutz der Abgeordneten stark gemacht. Die Immunität stehe den Abgeordneten zu, Waldhäusl sei aber zum fraglichen Zeitpunkt kein Mitglied des Landtages gewesen. Daher könne man sich nicht hinter der Immunität verstecken.

Auch Klubobmann Hannes Weninger (SP) betonte, dass Waldhäusl zum damaligen Zeitpunkt keine Immunität gehabt habe. Man vertraue auf die österreichische Rechtsprechung, eine Auslieferung wäre die sauberste Lösung. Das politische Verhalten der VP in diesem Fall schade dem Land.

Der Antrag wurde mit VP/FP-Mehrheit angenommen.

Abgeordnete Mag. Silvia Moser, MSc (Grüne) berichtete zu einem Antrag betreffend **Sicherstellung einer flächendeckenden extramuralen MRT-Versorgung im Rahmen einer Kassenleistung in ganz Niederösterreich.**

Abgeordnete Mag. Edith Kollermann (Neos) sagte als erste Rednerin, wohnortnahe Gesundheitsversorgung sei das höchste Gut. Föderale Behinderungen und Doppelgleisigkeiten seien die Schwachpunkte des Gesundheitssystems. Niederösterreich habe überproportional viele Untersuchungen mit MRT-Geräten, auch Restriktionen seitens der Kassen seien nicht erkennbar. Ihre Fraktion werde beiden Anträgen zustimmen.

Abgeordnete Mag. Silvia Moser, MSc (Grüne) meinte, der ursprüngliche Antrag ziele auf das Weinviertel ab. Die dringende Forderung gehe seit Jahren im Kreis. Ohne zusätzliches Personal nütze auch das MRT-Gerät am Klinikum Mistelbach den Weinviertlern nichts, weil es zu wenig Termine gebe.

Abgeordneter Rene Zonschits (SP) sagte, jedem im Land müsse der gleiche Zugang zum Gesundheitssystem ermöglicht werden. Im Bereich der MRT-Versorgung sei dieser Zugang aber nicht für alle gleich gegeben. Vor allem im Weinviertel gebe es eine unzureichende MRT-Versorgung. Für die Patientinnen und Patienten des Weinviertels sei dies ein unhaltbarer Zustand, sie hätten ein Recht auf eine angemessene Gesundheitsversorgung. Es bedürfe einer verstärkten Investition in die Gesundheitsinfrastruktur in den Regionen. Er brachte gemeinsam mit Fraktionskollegen einen **Abänderungsantrag** betreffend Sicherstellung einer MRT-Versorgung im Landeskrankenhaus Mistelbach für die Bevölkerung ein.

Abgeordneter Richard Punz, BA (FP) meinte, das öffentliche Gesundheitswesen müsse den Landsleuten zur optimalen medizinischen Versorgung dienen. Gerade bei einem Flächenbundesland wie Niederösterreich müsse besonders darauf geachtet werden, dass sich die Wegstrecken in einem zumutbaren Rahmen bewegen. Es müsse gemeinsam dafür gesorgt werden, dass eine Mehrklassenmedizin im

Gesundheitswesen nicht „Fuß fassen“ könne und auch nicht gefördert werde. Es müsse eine Verbesserung bei der MRT-Versorgung für ganz Niederösterreich erwirkt werden. Es sei zu begrüßen, dass die Landesregierung ersucht werde, bei der Gesundheitskasse vorstellig zu werden.

Abgeordneter Ing. Manfred Schulz (VP) betonte, die Bewohnerinnen und Bewohner des nördlichen Weinviertels, insbesondere des Bezirkes Mistelbach, dürften keine „Patienten zweiter Klasse“ sein. Derzeit sei man aber mit einer ungerechten Verteilung bei der MRT-Versorgung konfrontiert. Lange Anfahrtswege und längere Wartezeiten seien die Folge. Die Alternative sei der Weg zum Wahl-Arzt, was mit erheblichen Kostensteigerungen verbunden sei. Es wäre dringlich, vorrangig ein extramurales Gerät in Mistelbach im Großgeräteplan zu verankern. Es sei auch eine gesamtheitliche Betrachtung und eine praktikable Lösung notwendig.

Der Abänderungsantrag blieb in der Minderheit, der Hauptantrag wurde einstimmig angenommen.

Abgeordnete Mag. Silvia Moser, MSc (Grüne) berichtete zu einem Antrag betreffend **selbstbestimmtes Leben für Menschen mit Behinderung in Niederösterreich sicherstellen.**

Abgeordnete Mag. Silvia Moser, MSc (Grüne) betonte, eine persönliche Assistenz sei für Menschen mit Behinderung oder mit Einschränkungen besonders wichtig. Die persönliche Assistenz sei im Verantwortungsbereich der Bundesländer und daher auch sehr unterschiedlich geregelt. Bundesminister Rauch habe nun ein Pilotprojekt auf den Weg gebracht. Eine bundesweite Vereinheitlichung der Richtlinien für die persönliche Assistenz sei nun erreicht worden. Er stelle auch 100 Millionen Euro zur Verfügung. Alle Bundesländer hätten die Möglichkeit, diese zusätzlichen Budgetmittel abzuholen und sich am Pilotprojekt zu beteiligen. Niederösterreich sei nicht dabei. Es liege Geld im Bund, das nur abgeholt werden müsse.

Abgeordnete Mag. Karin Scheele (SP) sagte, der Bundesminister habe es nicht geschafft, von Anfang an mit allen Bundesländern gemeinsame Richtlinien zu erarbeiten. Sein Wunsch sei es gewesen, mit drei auserwählten Bundesländern in den

Dialog zu treten und gemeinsame Richtlinien auszuarbeiten. Wichtig sei, im Bereich der persönlichen Assistenz weitere Schritte zu machen. Die Betroffenen würden auf jeden Fall die freien Dienstverträge wollen. Eine arbeitsrechtliche Absicherung und eine Verhinderung der Ausbeutung der Menschen, die in der persönlichen Assistenz arbeiten, müsse erreicht werden.

Abgeordnete Edith Mühlberghuber (FP) meinte, wir alle wollen bestmögliche Angebote für Behinderte, damit sie ihr Leben selbstbestimmt und möglichst unabhängig gestalten können. Niederösterreich sei zu keinen Gesprächen eingeladen worden. Weiters sei die langfristige Finanzierung nicht geklärt. Eine Evaluierung sei einzuleiten.

Abgeordnete Silvia Moser (Grüne) meinte, das Wichtigste sei, die Betroffenen selbst einzubeziehen. Die langfristige Finanzierung nach zwei Jahren sei eine Frage der Finanzausgleichsverhandlungen.

Abgeordneter Anton Erber, MBA (VP) betonte, Niederösterreich stehe immer auf der Seite der Behinderten. Wenn jemand eine bundeseinheitliche Lösung wolle, müsse man alle miteinbinden. Niederösterreich habe den Stundensatz von 20,5 Euro auf 22 Euro angehoben. Das Ministerium wolle einen Piloten mit den westlichen Bundesländern. Es gebe dann eine Evaluierung und eine Bewertung. Es werde auf für zwei Jahre eine Anschubfinanzierung gegeben, es würden Standards geschaffen, die man dann nicht mehr zurückfahren könne. Die Länder seien dann in der „Ziehung“, das sei keine solide finanzielle Basis.

Der Antrag wurde mit den Stimmen von VP, SP, FP und Neos angenommen.

Abgeordnete Mag. Kerstin Suchan-Mayr (SP) berichtete zu einem Antrag betreffend **Maßnahmen zur Attraktivierung des öffentlichen Verkehrs in Niederösterreich.**

Abgeordnete Mag. Edith Kollermann (Neos) sagte, es brauche ein gesamthafes Mobilitätskonzept. Im gesamten Mobilitätsbereich gehe es darum, eine Verbesserung des bestehenden Angebots zu erreichen.

Abgeordneter Mag. Georg Ecker, MA (Grüne) meinte, 15 Prozent der Haushalte in Niederösterreich hätten kein Auto zur Verfügung. Diese Menschen würden nicht ganz einfach von A nach B kommen. Sozialpolitisch wäre es gut, wenn diese Menschen ein Angebot hätten. Mehr Busverbindungen und Anrufsammeltaxis im ländlichen Raum wären notwendig. Er brachte gemeinsam mit seinen Kollegen einen **Abänderungsantrag** betreffend Ausbau der Busverbindungen in Niederösterreich ein.

Abgeordneter Mag. Dr. Rainer Spenger (SP) führte aus, dass der vorliegende Antrag richtig und wichtig sei. Gegen den Ausbau des Regionalbus- und Schienenverkehrs könne niemand sein. Trotzdem stelle er sich die Frage, ob genug getan werde und ob das Tempo rasch genug sei. Die Anbindungen seien mangelhaft, Fahrpläne schlecht abgestimmt. Dass es besser gehen könne, zeige ein Blick ins Burgenland. Dort habe man eine Gesamtverkehrsstrategie beschlossen. Das Land Niederösterreich setze zu wenig bewusstseinsbildende Maßnahmen für den ÖV, darüber hinaus solle das amtliche Kilometergeld erhöht werden. Er bringe daher einen **Zusatzantrag** ein.

Abgeordneter Mag. Hubert Keyl (FP) sagte, der Regionalbusverkehr werde durch den Verkehrsverbund-Ostregion im Auftrag des Landes ständig aktualisiert, modernisiert und ausgebaut. Auch im Arbeitsübereinkommen der Landesregierung sei eine Attraktivierung des Öffentlichen Verkehrs vorgesehen. Es werde an der Weiterentwicklung im Regionalbusverkehr, bei VOR-Flex und der Bahninfrastruktur gearbeitet. Man könne in eine positive Zukunft des Öffentlichen Verkehrs in Niederösterreich blicken.

Abgeordneter Florian Krumböck, BA (VP) meinte, dass das heutige Maßnahmenpaket den Öffentlichen Verkehr massiv verbessere. Man investiere kräftig in die Bahninfrastruktur rund um die Landeshauptstadt. Man werde die Traisentalbahn, Kremserbahn und Mariazellerbahn modernisieren. Insgesamt schaffe man 150 neue Zugverbindungen. Viele tausende Menschen würden von diesem Bahnausbau und der Neuordnung des Busverkehrs profitieren. Jetzt gehe es darum, dass der Öffentliche Verkehr nicht nur billiger, sondern auch besser und bequemer werde.

Der Abänderungsantrag Abg. Mag. Ecker betreffend Umfangreichen Ausbau der Busverbindungen in Niederösterreich fand mit den Stimmen von SP, GRÜNE und Neos keine Mehrheit.

Der Abänderungsantrag Abg. Mag. Dr. Spenger betreffend zusätzliche Maßnahmen zur Attraktivierung des öffentlichen Verkehrs und Sicherstellung der Unterstützung für Pendlerinnen und Pendler fand mit den Stimmen der SP keine Mehrheit.

Der Antrag des Verkehrs-Ausschusses wurde einstimmig angenommen.

Abgeordneter Hermann Hauer (VP) berichtete zu einem Antrag betreffend **Berichte des Rechnungshofes und des Landesrechnungshofes aus der XIX. Gesetzgebungsperiode.**

Abgeordneter Franz Schnabl (SP) sagte, Verkehrsstrafen hätten eine generalpräventive Wirkung und diese sei wichtig im Hinblick auf die Verkehrssicherheit. Wenn er sich das Arbeitsübereinkommen von ÖVP und FPÖ anschau, müsse er feststellen, dass „zwei Autofahrerparteien“ zusammengekommen seien. Es seien gute Punkte zum Themenbereich Verkehr dabei, aber es fehlten wichtige Maßnahmen. Denn die Unfallursache Nummer eins, „Handy am Steuer“, komme nicht vor.

Abgeordneter Jürgen Handler (FP) ging auf den Einkommensbericht ein. Gerade im Dienstleistungs-, im Gesundheits- und Pflegebereich seien die Verdienstmöglichkeiten zu gering. Man werde den Bericht genauer durchleuchten und zur Kenntnis nehmen.

Abgeordneter René Pfister (SP) sagte zum Einkommensbericht, dass die Jahre 2020 und 2021 sehr klar zeigten, dass rund ein Fünftel der unselbstständig Erwerbstätigen von Kurzarbeit betroffen war. Es seien viele Dinge zu tun, damit die Menschen mit dem Einkommen auskommen. Auch bei den Lehrlingen sehe man sehr genau, dass im technischen Bereich die Einkommen im oberen Drittel angesiedelt seien, aber im Bereich der persönlichen Dienstleistung lägen die Entschädigungen im unteren Drittel. Der Dienst im Pflege, Gesundheits- und Betreuungsbereich sei ein wertvoller, hier gebe es großen Handlungsbedarf.

Abgeordneter Mag. Hubert Keyl (FP) habe sich den Follow-Up-Bericht zu den Verkehrsstrafen angesehen. Von sechs erwähnten Punkten würden nur vier Punkte an das Land gerichtet. Bei diesen vier Punkten handle es sich um den bundesweit einheitlichen Strafgeldkatalog, das bundesweit koordinierte Vorgehen bei Straftoleranzen, dass ein abrufbares Verwaltungsstrafregister beim Verfassungsdienst im Bundeskanzleramt zu unterstützen sei und dass gemeinsame Arbeitsgruppen eingerichtet werden sollen. Er erkenne keine Säumigkeit des Landes.

Abgeordnete Mag. Edith Kollermann (Neos) sagte zum allgemeinen Einkommensbericht, dass dieser die Schwachstellen in der Gesellschaft dokumentiere. Sie erkenne nämlich strukturelle Benachteiligungen von Frauen. Der Großteil der Einkommensunterschiede gehe auf die Teilzeitarbeit von Frauen zurück. Man müsse daher raus aus der Teilzeitfalle, Steuern senken auf den Faktor Arbeit und eine flächendeckende Kinderbetreuung schaffen.

Abgeordneter Wolfgang Kocevar (SP) sagte, die Finanzkontrolle in Österreich habe eine lange Tradition. Empfehlungen des RH tragen zur Weiterentwicklung von Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit, Zweckmäßigkeit und Transparenz in Bundes- und Landesverwaltungen bei. Im Tätigkeitsbericht werde Rechenschaft über das vergangene Jahr gelegt und man zeige, dass die Berichts- und Prüftätigkeiten auch angenommen würden. Sein besonderer Dank gelte Präsidentin Goldeband und ihrem Team.

Abgeordneter Peter Gerstner (FP) führte aus, dass der Rechnungshof einen wichtigen Beitrag zur Kontrolle und Überwachung der öffentlichen Verwaltung leiste, er schaffe Transparenz, die Berichte enthielten wertvolle Empfehlungen um das staatliche Wirken zu verbessern und eine effiziente Nutzung der öffentlichen Mittel zu gewährleisten. Ein Schwerpunkt sei im vorigen Jahr unter anderem im Bereich der Korruptionsbekämpfung gelegen. Der Rechnungshof habe festgestellt, dass es in vielen Bereichen Verbesserungsbedarf gebe, unter anderem bei Brief- und Paketzustellungen.

Abgeordnete Mag. Indra Collini (Neos) sprach über den Rechnungshofbericht der Bildungsdirektion und stellte fest, dass sich die Bedenken der Neos im Zuge der Umsetzung der Bildungsreform bestätigt hätten. Es herrsche nach wie vor eine

Kompetenzzersplitterung zwischen Bund und Ländern, die Politik habe nach wie vor zu große Einflussnahme bei Postenbesetzungen.

Abgeordneter Hannes Weninger (SP) debattierte zum Rechnungshofbericht über die Überprüfung vom Verein Niederösterreich-Wien für gemeinsame Entwicklungsräume. Dieser wäre derzeit finanziell mit ca. 500.000 Euro im Plus, habe aber von 2017-2021 nur fünf Projekte umgesetzt. Deshalb sei ein Relaunch notwendig, um dieses Geld Gemeinde- und Naturschutzeinrichtung zukommen zu lassen.

Abgeordneter Michael Sommer (FP) sprach zum Rechnungshofbericht der Bildungsdirektion und konstatierte, nach wie vor herrsche eine Kompetenzzersplitterung zwischen Bund und Land vor, dadurch gebe es auch keine gesamtfINANZIELLE SICHT und so lasse sich nicht ausmachen, wo genau Gelder hinfließen würden. Die Aufteilung bedinge außerdem, dass Lehrpersonal in Bund und Land verschieden behandelt werde. Sommers Ansatz sei, die Kompetenzzersplitterung zu beenden. Die FP nehme den Rechnungshofbericht zur Kenntnis.

Ing. Franz Linsbauer (VP) sagte zum Allgemeinen Einkommensbericht 2022 des Rechnungshofes unter anderem, dieser zeige einen steigenden Beschäftigungszuwachs bei Vollbeschäftigten, bei Männern mehr als bei Frauen. Dies sei allerdings bei Teilzeitbeschäftigung umgekehrt. Beim Einkommen herrsche eine große Schere zwischen Arbeitern und Beamten, genauso wie bei Männern und Frauen – an einer Angleichung müsse man arbeiten. Linsbauer sprach weiter zum Rechnungshofbericht zum Thema Verkehrsstrafen und sagte unter anderem, ein bundesweit abrufbares Verwaltungsregister konnte noch nicht umgesetzt werden, dies solle aber in der laufenden Legislaturperiode geschafft werden. Linsbauer sprach außerdem zum Tätigkeitsbericht des Rechnungshofes 2022 und hob hier den Zusatzbericht hervor, in dem 1958 Empfehlungen bewertet und die Auswertung das Bild einer hohen Wirkung zeige. Zu den acht Empfehlungen des Rechnungshofes über den Verein Niederösterreich-Wien erklärte er, die NÖ Landesregierung und der Verein sagten in einer Stellungnahme am 1.1.2023 zu, diese umzusetzen.

Abgeordneter Mag. Helmut Hofer-Gruber (Neos) konstatierte zum Bericht über Verkehrsstrafen, dass es im Zeitalter von Digitalisierung mangels eines zentralen

bundesweit abrufbaren Strafregisters noch immer nicht möglich sei, Geldstrafen außerhalb des eigenen Zuständigkeitsbereichs abzufragen. Dies schütze Nichtzahler oder auch notorische Raser. Hofer-Gruber bemängelte außerdem, dass es in Österreich keine einheitliche Anwendung bei Straftoleranzen gebe. In seinem Statement zum Tätigkeitsbericht des Bundesrechnungshofes unterstrich er, dass die Rechnungshöfe ein wichtiges Korrektiv seien und nur unabhängig gut arbeiten könnten.

Abgeordneter Mag. Georg Ecker, MA (Grüne) sprach zum Bericht des Rechnungshofes über die Bildungsdirektionen. Hier sei die Bildungsreform 2017 mit der Schaffung der Bildungsdirektionen zwar ein Schritt in Richtung Harmonisierung, er ortete aber nach wie vor das große Problem der Kompetenzzersplitterung, weil die Länder Kompetenzen nicht an den Bund abgeben wollten. Zudem strich er die strukturellen Nachteile von Frauen in Führungspositionen heraus, die der Bericht bemängelte und sagte, Niederösterreich steche hier heraus. Man solle darüber sprechen, wie man kompetente Frauen in Führungspositionen bringe.

Abgeordnete Elvira Schmidt (SP) sagte zum Bericht über die Bildungsdirektion, die Bildungsreform habe Einsparungen versprochen, die nicht getätigt worden seien. Zudem sei Heterogenität und Diversität verlorengegangen. Die administrativen Aufgaben hätten sich vervielfacht auf Kosten der Kinder.

Abgeordnete Mag. Anja Scherzer (FP) lobte den Rechnungshofbericht zum Verein Niederösterreich-Wien mit acht abgegebenen Empfehlungen und unterstrich, transparente Richtlinien und eine genaue Dokumentation über die Verwendung von Fördermitteln seien unbedingt zu begrüßen. Der Verein nehme diese Empfehlungen wahr.

Abgeordneter René Lobner (VP) sagte zum Bericht über die Bildungsdirektion, dass daraus hervorgehe, die Neuorganisation der Schulbehörden sei grundsätzlich gut geglückt, es sei aber natürlich noch Luft nach oben. Abschließend dankte Lobner dem ehemaligen Bildungsdirektor Johann Heuras und seinem Team, denn Bundes- und Landesbehörden als eine Einheit umzusetzen sei nicht einfach.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Schluss der Sitzung!